

Newsletter 02/2024

Neues Bundeswaldgesetz gefährdet Klimaziele und den Erhalt nachhaltiger Waldbewirtschaftung

Waldverbände starten gemeinsame Kampagne gegen Entwurf der Bundesregierung

Mit der gemeinsamen Kampagne „Finger weg vom Bundeswaldgesetz“ warnen die großen deutschen Waldverbände vor den drohenden Gefahren eines neuen Waldgesetzes für den Erhalt und die nachhaltige Nutzung der Wälder. Sollten die Pläne der Bundesregierung zur mehr Regulierung und Bürokratisierung umgesetzt werden, ist der dringend nötige, klimaresiliente Umbau und Schutz der Wälder an vielen Orten nicht mehr möglich. Daneben führen praxisferne Eingriffe und pauschale Einschränkungen wie bei der Wahl der Baumarten zu einem Verlust der Vielfalt. Gemeinsam fordern die Waldverbände für den Fortbestand einer fachgerechten, flexiblen und vor allem nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder die Beibehaltung der bestehenden, bewährten Gesetzgebung. Gerade mit Blick auf die großen Herausforderungen durch den Klimawandel und seine Folgen brauchen wir für den Wald pragmatische Lösungen, keinen politischen Regulierungseifer. Statt auf die Fachleute zu vertrauen und die Leistungen der privaten Waldbesitzer anzuerkennen, sollen Bürokratie, Regulierung und Sanktionen ausgeweitet werden. Im Klartext heißt das: Mehr Verbote, mehr Vorschriften, weniger Vernunft! Wir wollen den nachhaltig nutzbaren Wald schützen und einen Paragraphenschwungel verhindern. Deshalb sagen wir: Finger weg vom Bundeswaldgesetz! Niemand braucht ein neues Waldgesetz, am wenigsten der Wald selbst“, erklärt Max von Elverfeldt, Bundesvorsitzender der Familienbetriebe Land & Forst.

Unterstützt wird die Kampagne von der AGDW – Die Waldeigentümer, die rund zwei Millionen Waldbesitzerinnen und -besitzer in Deutschland repräsentiert. AGDW-Präsident Prof. Dr. Andreas Bitter unterstreicht: „Ein stabiler Wald ist die Grundlage, um die nachhaltige Holzproduktion sowie weitere unverzichtbare Ökosystemleistungen zu sichern. Um auf die Herausforderungen durch den Klimawandel und seine Folgen reagieren zu können, braucht es neben der Erfahrung und Kreativität der Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer vor allem Freiraum und Flexibilität in der Bewirtschaftung. Das geltende Bundeswaldgesetz hat sich bewährt und ist auch in den kommenden Jahren eine gute Grundlage für die Waldbewirtschaftung. Wir brauchen Pragmatismus, kein Bürokratiemonster, das den notwendigen, klimaresilienten Waldumbau lähmt und Misstrauen sät“. Karl-Joachim Baron von Brandenstein, Sprecher der Betriebsleiterkonferenz BLK, ergänzt: „Politiker denken von Wahl zu Wahl, wir denken von jeher in Generationen. Die Wälder brauchen keine Vorschriften aus den Berliner Amtsstuben, sondern Menschen aus der Praxis, die den Wald kennen und anpacken. Um etwas für den Wald tun zu können, braucht es Freiraum, keine bürokratischen Fesseln.“

Kritisch sehen die Interessenvertretungen der Waldbesitzer nicht nur die praxisfernen Vorgaben. So kommt eine Studie zu dem Ergebnis, dass die Überlegungen aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter anderem mit Blick auf die Beschränkung der Baumartenwahl oder die Begrenzung anderer waldbaulich-betrieblicher Freiheiten verfassungswidrig sind. „Die Bundesregierung ist in jeder Hinsicht auf dem Holzweg.

48 Prozent der deutschen Wälder befinden sich im privaten Besitz. Hinter der Zahl stehen engagierte Menschen, Familien, Betriebe, die leidenschaftlich im Wald arbeiten. Das Gesetz wirkt demotivierend und gängelt ausgerechnet diejenigen, die sich um den Wald kümmern. Es wird den Waldumbau eher verhindern als beschleunigen“, sagt Max von Elverfeldt. Die Kampagne soll der Forstwirtschaft in der Diskussion eine Stimme und Plattform geben. Unter dem Claim „Finger weg vom Bundeswaldgesetz!“ werden die Leistungen nachhaltiger Waldbewirtschaftung abgebildet und die Folgen politischer Regulierung mit Claims, Clips und Posts in den Sozialen Netzwerken aufgezeigt. Kampagnen-Videos geben Einblicke in die Arbeit der Betriebe und rufen zum Mitmachen auf. Wer über den Wald, die aktuellen Herausforderungen durch den Klimawandel oder bürokratische Hindernisse sprechen und seine Forderungen an die Politik adressieren möchte, kann ein Handyvideo an [info\(at\)waldgesetz-stoppen.de](mailto:info@waldgesetz-stoppen.de) schicken oder sich für seine digitalen Kanäle Material auf der Kampagnen-Webseite herunterladen.